

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. In der Regel 10 Bsp. Alle Postbestellungen, Postwechsel und sonstige Zusendungen zu jeder Zeit. Die Redaktion ist für die Redaktion nicht verantwortlich. — Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Anzeigenpreis: die 5 spalten weite Zeile 20 Bsp., die 4 spalten weite Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Bsp. und die 3 spalten weite Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Bsp. Die 2 spalten weite Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Bsp. Die 1 spalten weite Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 5 Bsp. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 195 — 91. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod: Dresden 2640 Sonnabend, den 20. August 1932

Glaube und Aberglaube.

Die Rolle des „13.“ — Geld für die Arbeit! — Österreichs zweites St. Germain.

Auch wenn wieder einmal Menschengeist und Menschenleistung einen Sieg über die Natur erringen, wie Professor Piccard es zum zweitenmal vermochte, so bleibt doch wohl in der letzten äußersten Ecke des Menschenverstandes ein Restchen von — Aberglauben liegen, das sich an schwarzen Tagen, dem Freitag oder der Zahl 13 zeigt. Und dieses Restchen kann ja mit Recht und fast triumphierend darauf hinweisen, daß „der Dreizehnte“ des öfteren in der jüngsten deutschen Geschichte eine überaus unerfreuliche Rolle gespielt hat. Man vergißt das stöcklich meist sehr schnell, und darum sei an den „schwarzen Würfelfreitag“ (1) des 13. Mai 1927 erinnert, an dem der Marsch ins Tal der Krise hinab begann, das deutsche Kreditgebäude den ersten folgenschweren Stoß erlitt, — bis dann am 13. Juli 1931, am „schwarzen Renten-Montag“, dieser Marsch in einen tiefen Sturz überging. Und schließlich ist der 13. August 1932 ein politisch überaus unerfreulicher Tag für Deutschland geworden, als zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung Papen das Fischen zerbrach. Was der Regierungswechsel, die Reichstagsauflösung und — neuwahl, das Vorgehen in Preußen wie überhaupt die ganze Innenpolitik des Kabinetts von Papen bezweckt hatte, nämlich die so oft verlangte und von der Gegenseite so viel bekämpfte „Heranziehung der Nationalsozialisten an den Staat und die Verantwortung für ihn“, ist auch nicht erreicht worden. Daß das Ergebnis dieses „13.“ in eine Art Konflikt auch zwischen Hitler als Führer der größten deutschen Partei und dem Reichspräsidenten selbst auslag, ergab sich aus den scharfen Auseinandersetzungen, die ihm folgten und hinter denen sich doch nur wenig die Gefahr eines herausgehenden Verfassungskonfliktes verbirgt. Somit ist als zweites Ergebnis dieses dunklen „13.“ die Ungewißheit zu verzeichnen, die über der nächsten politischen Zukunft einseitig des Kabinetts Papen selbst schwebt, und andererseits über dem kommenden Schicksal Gesamtdeutschlands. Vielleicht hat bei der bisherigen deutschen Innenpolitik der letzten Monate mehr als man vermutete ein Glaube anstatt einer Gewißheit mitgewirkt; und damit hätte es sich nun wieder gezeigt, daß in der Politik der Glaube sich nicht gerade selten als ein — Aberglaube herausstellt.

Diese politische und jene parlamentarische Ungewißheit sind es ja auch, die sich der Finanzgründung des obersten Arbeitsbeschaffungsprogramms als so „große“ Hindernisse in den Weg stellen, daß an die politischen Reaktionen Herrn von Papens große Anforderungen gestellt werden. Es geht dabei — natürlich — um die Frage der Finanzierung. Zum Teil hat die Reichsbank hierbei schon Hilfestellung geleistet durch eine Kreditübergabe, deren Form zu manchen Bedenken Anlaß gibt, — die aber als Experiment doch schon ein paarmal geklärt ist. So bei der Stützung der Sparbanken im Herbst vergangenen Jahres. Allerdings bestanden damals nicht die politisch-parlamentarischen Ungewißheiten und Unsicherheiten wie heute! Gerade sie sind es aber ganz offenbar, die beim Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers Bedenken auslösten, ob er liquide genug bleiben würde, wenn er die beabsichtigte, von ihm geforderte Kreditausweitung im Betrag von ein paar hundert Millionen nur gegen Wechsel zulassen sollte, die — keine sind, weil sie ja viermal um je drei Monate verlängert werden sollen, also erst Ende nächsten Jahres fällig werden. Außerdem ist ja die mit diesem Kredit zu bewirkende Arbeit kaum unmittelbar „produktiv“ und rentabel, wird beides erst, wenn die Gesamtwirtschaft wieder ins Arbeiten kommt. Letzter Garant für diesen Kredit soll und will zwar das Reich sein, aber über dessen innen- und damit auch wirtschaftspolitische Weiterentwicklung schwebt das tiefe, undurchsichtige Dunkel der Zukunft. „So ganz nebenbei“ ist aber die Reichsbank die Hüterin der Währung, und sie weiß aus erschütternder Erfahrung, wie sehr ihr Wohl und Wehe abhängt von der Liquidität, und daß diese wieder bestimmt wird durch die Bonität der von ihr herangezogenen Wechsel, d. h. derer, die sie garantieren sollen. Gewiß ist es nicht Engstirnigkeit oder Paragraphenreiterei, die Dr. Luthers hindern, nicht sofort in den ihm vom Kabinetts Papen offerierten sauren Äpfel zu beißen. Denn soll Schritt für Schritt prüfend vorwärts gegangen werden, um nicht tiefer in den Sumpf des Massenleidens hineinzumarschieren, um nicht den Teufel der Arbeitslosigkeit durch den Beschub der Währungskrise austreiben zu wollen. Noch steht der Glaube an die Stabilität unserer Währung fest, und man hört nicht auf jene, die diesen Glaube einen Aberglauben schelten wollen.

Wie aber soll sich der Glaube daran, daß es wirtschaftlich wieder besser gehen könnte, hervorwagern dürfen, wenn der Aberglaube-billige Triumph feiert, man vermöchte

Neuer Kampf gegen Österreichs Anleihe Mehrheit gegen die Regierung und Lausanne.

Wien, 19. August. Im österreichischen Parlament gehen wieder ernsthafte Krisengerüchte um. Der Bundesrat hat heute beschlossen, gegen das Lausanner Protokoll Einspruch zu erheben. Danach muß das unstrittene Gesetz an den Nationalrat zurückgehen, und es gilt nur dann als angenommen, wenn der Nationalrat, der am Mittwoch das Protokoll mit 81 gegen 80 Stimmen annahm, nochmals eine Mehrheit für das Protokoll zusammenbringt. Wie die zweite Abstimmung im Nationalrat ausfallen wird, ist noch sehr fraglich. Bei der Ratifizierung des Protokolls wurde heute vormittag ein Schreiben abgegeben, wonach der Abgeordnete Bintl vom Nationalen Wirtschaftsbund sein Mandat niederlegt. Bintl ist jener Abgeordnete, der seinerzeit für das von den Großdeutschen eingebrachte Mißtrauensvotum gegen die Regierung Vollstuf stimmte und dann von den wirtschaftlichen Verbänden, denen er angehört, so unter Druck gesetzt wurde, daß er einen vollständigen Nervenzusammenbruch erlitt, auf Krankheitsurlaub gehen mußte und auch bei der letzten Abstimmung über Lausanne fehlte. In Bintls Stelle wird der frühere Sektionschef Schauer-Schöberlechner, der während in der Angelegenheit tätig ist, in den Nationalrat eintreten. Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß Schauer-Schöberlechner gegen Lausanne stimmen werde, das heißt also, daß die Regierung ihre Mehrheit verliert. Nun ist aber dieser Mandatsverzicht durch ein im Laufe des Nachmittags eingegangenes, mit Bintl unterzeichnetes Telegramm wieder zurückgezogen worden. Von Seiten der Opposition wird behauptet, daß diese Zurückziehung des Mandatsverzichts auf Einwirkung von Vertrauensmännern der Regierung geschähe sei. Im Bundesrat, wo die Angelegenheit zur Sprache kam, bestritt der Bundeskanzler entschieden, auf diese eingewirkt zu haben. In einer parteiamtlichen Verlautbarung des Nationalen Wirtschaftsbundes wird der Fall ebenfalls aufgegriffen und der Regierung vorgeworfen, daß im Augenblick der Kenntnis des Mandatsverzichts von Vertrauensmännern der Regierung in dem genannten Sinne eingewirkt worden sei. Im übrigen sei die Echtheit der Unterschrift des Wiederrufungs-Telegramms bis zur Stunde nicht beglaubigt. Der Regierung gegenüber, die sich auf Grund dieses Telegramms geweigert hat, den Wahlschein für ... Nachfolger Bintls auszufertigen, wird in der parteiamtlichen Verlautbarung festgestellt, daß durch diese wertwürdigen Praktiken, eine Mehrheit für das Lausanner Abkommen zu sichern, das Ansehen der Regierung keinesfalls gehoben werde. Der Nationale Wirtschaftsbund kündigt an, sich alle Rechtsmittel zur Sicherung des freigewordenen Mandats sowie zur Anfechtung eines auf solche Weise bloß mit einer Stimme Mehrheit allenfalls zustande gekommenen Beschlusses zu sichern. Als weiterer Unsicherheitsfaktor kommt die Nachfolge für den toten verstorbenen Dr. Schöber hinzu. Schöber hat an der Dienstagabstimmung nicht teilgenommen, weil er da schon schwer krank darniederlag. Die Haltung seines Nachfolgers im Parlament wird also angesichts des knappen Abstimmungsergebnisses besonders entscheidend sein.

Einspruch des österreichischen Bundesrats gegen das Lausanner Protokoll.

Der Österreichische Bundesrat beschloß, Einspruch gegen die Annahme des Lausanner Protokolls im Nationalrat zu erheben. Der Bundesratsbeschluss kam mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Bundesrats Langmeister, des Großdeutschen Bundesrats und der Sozialdemokratie zustande.

mit Gewalt das Rad der Entwicklung festzuhalten oder es gar rückwärts zu drehen. Mit Österreich haben es die beherrschenden Europas wieder einmal gemacht, und zwar in einer Art, die sich nur äußerlich von der in Zeiten der Kabinettskriege „beliebten“ ein wenig unterscheidet. Man macht es nicht mehr mit Bajonetten, Kanonen oder Tanks, nicht mehr, wie Deutschland gegenüber nach dem Waffenstillstand, durch eine „effektive“ Blockade, sondern stiller, heimlicher, heimtückischer durch die kreditpolitische, finanzielle Aushungerung. Und diktiert dann Friedensbedingungen à la St. Germain. Und Deutsche, die wir mit mindestens ebenso großer Not zu kämpfen haben und in Lausanne doch das Nein! aussprachen, ist es schmerzhaft, erleben zu müssen, daß Österreich ja sagte, um ein paar Monate weiter, leben“ zu können. Trotzdem aber glauben wir, daß es Aberglaube dieses Europas von heute ist, dieses „Völkerbundes“, der so zu Unrecht seinen Namen trägt, eine papierene Scheidewand setzen zu wollen zwischen uns und Österreich. Der Glaube an unsere gemeinsame Zukunft wird sie doch einst zerstören. Dr. Pr.

Die Gründe für den Einspruch sind folgende: weil durch dieses Protokoll die außenpolitische Handlungsfreiheit der Republik, insbesondere auch im Hinblick auf eine engere politische und sogar wirtschaftliche Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich für eine Dauer bis zu 20 Jahren wesentlich beeinträchtigt wird, weil durch dieses Protokoll Österreich neuerlich einer brüderlichen Auslandskontrolle unterworfen wird, weil in diesem Protokoll wirtschaftspolitische Bestimmungen gefährlicher Art enthalten sind und weil Bestimmungen dieses Protokolls geeignet sind, wichtige sozialpolitische Errungenschaften breiter Schichten arbeitender Menschen zu gefährden.

Schober gestorben †.

Am Freitag abend gegen 10 Uhr verstarb in einem Sanatorium in der Nähe von Wien der ehemalige Bundeskanzler und Außenminister Dr. Johannes Schober im Alter von 57 Jahren. Der Name Schobers ist besonders verknüpft mit dem Plane der österreichisch-deutschen Zollunion, der Anfang 1931 von Schober als damaligen österreichischen Außenminister und Reichsaussenminister Dr. Curtius vorbereitet worden war, von dem aber ein halbes Jahr später unter dem Druck der Haager Entscheidung Schober ebenso wie Curtius abrückte. Die Teilnahme Schobers an diesem Plane oder kennzeichnet gerade den Gegensatz zu dem erst vor zwei Wochen verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler Seipel. Man hat von Schober als dem Gegenspieler Seipels gesprochen und mag damit vielleicht etwas übertrieben haben, denn in vielen besonders innenpolitischen Programmpunkten haben beide übereingestimmt und es war bemerkenswert, in welchem starkem Maße Polizeipräsident Schober mit seinen scharfen Maßnahmen gegen die Ausschreitungen im Sommer 1927 vom damaligen Bundeskanzler Seipel auch gegen schärfste sozialdemokratische Angriffe geduldet wurde. Aber auf außenpolitischem Gebiete ging Schober ganz andere Wege als Seipel, mit dessen Kühle er nichts gemein hatte. Schober wurde 1874 in Perg geboren. Am Juni 1918 wurde er Polizeipräsident von Wien. Schober hat die Wiener Polizei in der Nachkriegszeit vollkommen reorganisiert. Die erste Kanzlerkandidatur dauerte von Juni 1921 bis Mai 1922, die zweite von September 1929 bis September 1930. Unter der Kanzlerschaft Schobers wurden die Verfassungsreform und das Haager Abkommen durchgebracht. Unter seiner Kanzlerschaft wurde Österreich von den Reparationen befreit und wurde die Aufhebung der internationalen Bundesanleihe 1930 durchgeführt. Von Dezember 1930 bis Januar 1932 war Schober österreichischer Außenminister. Dr. Schober galt als erste Autorität auf dem Gebiete des Polizeiwesens. Er war Ehren doktor der Universitäten Graz und Wien. Schober trat 1913 als Mitglied der Großdeutschen Partei und Abgeordneter des Nationalrates ins politische Leben ein.

Um die Rüstungsgleichberechtigung.

Paris in Erwartung der amtlichen deutschen Forderung. In französischen politischen Kreisen erwartet man mit Sicherheit schon in den nächsten Tagen einen amtlichen Schritt des deutschen Vorkanzlers von Goebbels bei der französischen Regierung, durch den die Frage der Gleichberechtigung in den militärischen Rüstungen aufgeworfen und Frankreich aufgefordert werden soll, sich zusammen mit den anderen europäischen Großmächten an den Verhandlungen zu setzen. In der französischen Presse wird bereits jetzt lebhaft gegen die deutschen Forderungen protestiert, denen man jede juristische Berechtigung abspricht.

Reichskabinett beschließt Haushaltsabstrich.

Um das wirtschaftliche Ausbauprogramm. Das Reichskabinett befaßte sich in einer nicht sehr ausgedehnten Sitzung mit Einzelheiten des bekannten Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 200 Millionen. Es beschloß ferner die Verteilung des sogenannten „Globalabstriches“ an dem Haushalt 1932/33 in Höhe von insgesamt 110 Millionen entsprechend den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums auf die einzelnen Ressorts. In Kreisen der Reichsregierung hat man weiterhin den Eindruck, daß eine Einigung über die großen wirtschaftspolitischen Linien der Reichsregierung mit dem Reichsbankpräsidenten durchaus zu erreichen sei. Es handelt sich hier um ein größeres wirtschaftliches Ausbauprogramm, von dem die bisher bekannt gewordenen, weil